

1. Ausgewählte Definitionen und Arten der Gerechtigkeit

➤ **Platon:** Gerechtigkeit = **Tun des Seinigen** (jeder Tut das Seine, ihm Zukommende, Angemessene; nicht Gleichheit, wo Ungleiches gleich behandelt wird)

➤ **Aristoteles:**

a) Verteilungsgerechtigkeit (austeilende oder distributive G.) etwa bei der Verteilung von Gütern (oder Lasten) (zielt darauf ab, dass Gleichem Gleiches und Ungleichem Ungleiches zukommt; Proportionalverhältnis zwischen Empfänger und Verteilten – Flöte sollte Begabter und nicht Reicher bekommen; Situation zwischen Ungleichem, z.B. Staat und Bürger)

b) Ausgleichsgerechtigkeit (kommutative G.) etwa bei Verträgen oder im Strafverfahren (zielt ab auf Einhalten von Verpflichtungen, Gleichheit von auszutauschenden Leistungen, angemessene Kompensation von Schäden etc.; hier wird jede Person formal gleich behandelt; Situation zwischen Gleichen)

➤ **John Rawls: Gerechtigkeit als Fairness** ist erste Tugend sozialer Institutionen; welche Verteilung von Gütern wurde rationale Person in fiktiven Urzustand wählen, in der kein Wissen über eigene Eigenschaften und Position in der Gesellschaft ⇒ 2 Grundsätze:

1. „Jedermann hat gleiches Recht auf das umfangreichste Gesamtsystem gleicher Grundfreiheit, das für alle möglich ist“

2. „Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten müssen

- a) den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen und
- b) mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die jedem offen stehen.

➤ **Amartya Sen** (indischstämmiger Wirtschaftsnobelpreisträger) u.a.: **Befähigungsgerechtigkeit**, d.h. Verwirklichungschancen für umfassenden Fähigkeiten („capabilities“) der Menschen, ein Leben zu führen, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden und das ihre Selbstachtung nicht in Frage stellt; also z.B. Kriterium, dass sozialstaatliche Leistung so beschaffen, dass sie Befähigung zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung ermöglicht.

➤ (materielle) **Verteilungsgerechtigkeit vs.**

Chancengerechtigkeit (Zugangsgerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit)

2. Die Gerechtigkeitkonzepte der Parteien (Unterstreichungen von mir)

➤ **SPD**

Grundsatzprogramm: „Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. Sie verlangt die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau. Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur. Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten aller. Gerechtigkeit, das Recht auf gleiche Lebenschancen, muß mit den Mitteln staatlicher Macht angestrebt werden“

Damaliger SPD-Chef Platzek in SPIEGEL-Aufsatz (April 2006) :

„Das zentrale Element einer neuen Übereinkunft für Deutschland muss deshalb ein erneuertes und positives Leitbild der sozialen Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert sein. Unser Leitmotiv ist der vorsorgende Sozialstaat, der weitaus stärker als das bisherige Sozialstaatsmodell in die Menschen und ihre Potenziale investiert.“ „Der Sozialstaat wie wir ihn bislang kennen, wurde für die Wirklichkeit der national begrenzten Industriegesellschaft geschaffen, in der die Männer das Familieneinkommen erwirtschaften. Dieser Sozialstaat ist in erster Linie auf

Transferleistungen ausgerichtet und verfolgt zu sehr nachsorgende Ziele. Er kümmert sich zu wenig darum, Krankheiten und Arbeitslosigkeit, Bildungsmangel, Ausschluss und Armut von vornherein zu verhindern. Er investiert zu wenig in die soziale Infrastruktur und leistet keinen hinreichenden Beitrag, um die aktive Teilhabe der Menschen am Leben der Gesellschaft zu unterstützen. Er fördert die Menschen zu wenig und setzt Fehlanreize.“

Bremer Entwurf für ein neues SPD-Grundsatzprogramm (Januar 2007) : Gerechtigkeit ist Ausdruck der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Chancen unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Für eine wirklich gerechte Gesellschaft reicht die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz nicht aus. Gerechtigkeit verlangt vielmehr, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, ihre Fähigkeiten zu entfalten. Sie verlangt, dass alle die gleichen Möglichkeiten erhalten, an Bildung, an Arbeit, an sozialer Sicherheit, an Kultur und Demokratie teilzuhaben. [...] Menschen sind verschieden. Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunftsunterschiede dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden. Lebenswege dürfen nicht von vornherein festgelegt sein. Deshalb erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht. Eine gerechte Politik garantiert gleiche Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Gütern, Chancengleichheit und eine der Leistung angemessene Einkommens- und Vermögensverteilung. [...] Gerechte Politik [...] gewährleistet, dass jeder Mensch, ganz gleich was er leisten kann, frei von Not leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann.“

➤ **CDU**

„Grundlage der Gerechtigkeit ist die Gleichheit aller Menschen in ihrer von Gott gegebenen Würde und Freiheit. Gerechtigkeit bedeutet gleiches Recht für alle. Recht schützt vor Willkür und Machtmissbrauch. Es sichert Freiheit auch für den Schwächeren und schützt ihn. Gerechtigkeit fordert die Anerkennung der persönlichen Leistung und Anstrengung ebenso wie den sozialen Ausgleich. Gerechtigkeit verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Chancengerechtigkeit ist die notwendige Ergänzung der Gleichheit vor dem Recht. Sie soll jedem die Möglichkeit geben, sich in gleicher Freiheit so zu entfalten, wie es seiner persönlichen Eigenart entspricht. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch seine Lebenschancen frei und verantwortlich wahrnehmen kann. Deshalb treten wir für eine Politik ausgleichender Gerechtigkeit ein. Chancengerechtigkeit wächst auf dem Boden möglichst gerecht verteilter Lebenschancen; dazu gehört ein offener Zugang zu den Bildungseinrichtungen unter Ausgleich nachteiliger Vorbedingungen ebenso wie die Möglichkeit der Mitsprache und Mitverantwortung, die Nutzung lebenswichtiger Güter und der Erwerb persönlichen Eigentums. [...] Soziale Gerechtigkeit verlangt, vor allem denjenigen Menschen zu helfen, die nur unzureichend zur Selbsthilfe fähig sind und allein ihre Belange nicht wirkungsvoll vertreten und durchsetzen können.“

➤ **CSU – Grundsatzprogramm** (keine ausführliche Würdigung des Gerechtigkeitbegriffs) „Soziale Gerechtigkeit erfordert ein neues Gleichgewicht zwischen Individualität und Verantwortungsbereitschaft, zwischen Liberalität und Solidarität.“

➤ **FDP** (Freiheit als zentraler Wert) :

Grundsatzprogramm: „Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung, in der sich Leistungsbereitschaft am besten entfalten kann und die Grundlagen sozialer Gerechtigkeit erwirtschaftet werden.“

Wahlprogramm: „Die zentrale Staatsaufgabe ist nicht Gleichheit, sondern die Sicherung von Chancen- und Leistungsgerechtigkeit für jeden Menschen.“ „Freiheit vor Gleichheit, Erwirtschaften vor Verteilen, Privat vor Staat, Eigenverantwortung statt

Staatsgläubigkeit, Chancengleichheit statt Gleichmacherei. Wer mehr Freiheit und Chancengerechtigkeit will, braucht die FDP.“

➤ **Bündnis 90/Die Grünen**

Grundsatzprogramm: „Bündnisgrüne Politik orientiert sich am Grundsatz der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit verlangt eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Güter. Das erfordert insbesondere eine Parteinahme für die sozial Schwächsten. Verteilungsgerechtigkeit auch in unserer eigenen Gesellschaft bleibt in Zukunft unverändert von Bedeutung. Weil Gerechtigkeit eine Antwort geben muss auf die Probleme einer veränderten Welt, geht aber unsere Vorstellung von Gerechtigkeit über traditionelle Verteilungspolitik hinaus. Bündnisgrüne Politik steht für Teilhabegerechtigkeit, für Generationengerechtigkeit, für Geschlechtergerechtigkeit und für Internationale Gerechtigkeit. Diese Dimensionen von Gerechtigkeit dürfen trotz praktischer Konflikte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gerechtigkeit verlangt Solidarität und bürgerschaftliches Engagement.“

➤ **Linkspartei** – *Grundsatzprogramm:* „Menschen brauchen Arbeit und Verteilungsgerechtigkeit. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit.“

3. Begründungen bez. Reformbedarf des Sozialstaats

- Sozialsysteme nicht mehr finanzierbar wegen
 - a) demografischem Wandel (weniger Einzahler, mehr Rentner)
 - b) Arbeitslosigkeit (weniger Einnahmen, mehr Ausgaben)
 - c) aus verschiedenen Gründen angehäufter Staatsverschuldung (die wegen Maastricht-Kriterien und Verantwortung für nächste Generationen nicht weiter zu erhöhen)
 - d) Absinken der Staatseinnahmen aus Steuern (Globalisierung, Standortkonkurrenz)
- BUNDESHAUSHALT 2005: 30,5% Zuschuss zur Rentenversicherung, 13,2% Arbeitsmarktausgaben, 6,7% sonstige soziale Ausgaben (Summe sozialer Ausgaben also = 50,4%); Zinsausgaben 15,3%, Rest 34,4%
- Höhe der Lohnnebenkosten (zur Finanzierung der Sozialsysteme) erzeugt Arbeitslosigkeit
 - Traditioneller Sozialstaat hat zu Passivität erzogen, deshalb aktivierender Sozialstaat notwendig (Fordern und Fördern)

4. Vollzogene, geplante, diskutierte Reformen (von uns in der Diskussion an Gerechtigkeitskriterium zu messen)

a. Hartz IV/Arbeitslosengeld II

- Verkürzung des Bezugs von Arbeitslosengeld auf 12 Monate
- Zusammenlegung (der beiden System für Langzeitarbeitslose) von Arbeitslosenhilfe (war an letzten Einkommen orientiert) und Sozialhilfe für Arbeitsfähige → Arbeitslosengeld II (ca. auf Höhe ehemaliger Sozialhilfe, 345 € + angemessene Wohnkosten); damit auch Sozialhilfebezieher in System der Arbeitsförderung/-vermittlung miteinbezogen; außerdem mehr Sanktionen bei mangelnden Bemühungen um Arbeitsstelle...

b. Gesundheitsreform

- Letzte Wahlperiode: besonders Versicherte/Kranke betroffen, Praxisgebühr (10 € pro Quartal mit Arztbesuch), separate Pflichtversicherung beim Zahnersatz (kein Arbeitgeberanteil), Erhöhung von Medikamentenzuzahlungen, Wegfall einiger Leistungen ⇒ Ziel: Senkung des Krankenversicherungsbeitrags
- Gesundheitsreform der Großen Koalition: ab 2007: Beitragssteigerung der Kassen (min. 0,5%), da u.a. weniger Steuerfinanzierung (4,2 → 2,5 Mrd.; 2009:

4 Mrd €, dann jährlich +1,5 Mrd. bis 14 Mrd.); ab 2009 Gesundheitsfonds (in den alle gesetzlich Versicherten einzahlen, aus denen Kassen Geld bekommen) plus u.U. Art „kleine Kopfpauschale“ der Kassen (max. 8 € oder 1% des Einkommens), Privatversicherte nicht in Solidarsystem

c. Rentenreform

Absenken der Renten (durch Erhöhung der Steuer- und Sozialversicherungsbelastung, keine Rentenerhöhungen trotz Inflation) und geplante Rente mit 67 damit Rentensystem finanzierbar bleibt, Rentenbeiträge nicht steigen und „Generationengerechtigkeit“ gewahrt

d. Steuern und Sozialversicherungen

- Rotgrüne Einkommenssteuerreform: Eingangssteuersatz: 22,9% (1998) → 15% (jetzt); Spitzensteuersatz: 53% → 42%, Grundfreibetrag 6.322 € → 7664 €
- Steuerpolitische Maßnahmen bzw. Pläne der großen Koalition
 - Streichung bzw. Reduzierung einiger weniger Steuerausnahmebestände (Eigenheimzulage gestrichen, Entfernungspauschale nur noch ab 20 km)
 - Mehrwehrtsteuererhöhung 2007 von 16% auf 19%
 - Reichensteuer ab 2007, 3%-iger Aufschlag von Einkommenssteuer bei Beziehern von Einkommen ab 250.000 € (abhängig Beschäftigte) [die 10% Reichsten bestreiten heute schon >50% des Steueraufkommen]
 - Spätestens 2008 Unternehmenssteuerreform mit realer Entlastung geplant

e. Kinder- und Familienpolitik

bisher:

- in den letzten Jahren wurde Kindergeld erhöht
- vom Bund Ganztagesbetreuung gefördert

beschlossen:

- Elterngeld (12-14 Monate, einkommensabhängig – 67% des Nettoeinkommens, Sockelbetrag 300 €, Höchstbetrag 1800 €, für ALG-II-Empfänger kürzerer Leistungsbezug als bisher mit Erziehungsgeld)

in der Diskussion:

- Kinderkrippenausbau; Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab 1. Lebensjahr
- kostenloses verpflichtendes letztes Kindergartenjahr
- Umschichtung von Teil des Ehegattensplittings für Kinderbetreuungsgutscheine

f. Bildung

Frage, inwieweit soziale Selektion (=Ungerechtigkeit) im Bildungssystem (sozialer Status der Familien entscheidet über Bildungserfolg der Kinder; dieser Faktor nach PISA-Studie in keinem Land so entscheidend wie in Deutschland; Akademikerkind in Bayern 10mal so hohe Chancen für Gymnasiumsplatz wie Arbeiterkind)

g. Mindestlohn (DGB: 7,50 €/Stunde; in Koalition umstritten)

h. Bedingungsloses Grundeinkommen (u.U. 800 €, von Teilen der Grünen und der Linkspartei befürwortet, auch von Thüringens CDU-Ministerpräsident Althaus)

5. Ideen für eine gerechte und zukunftsfähige Politik

- Orientierung am skandinavischen Modell:
 - Geringere Belastung von Arbeit mit Lohnnebenkosten
 - Dafür relativ hohe Steuersätze
 - Nominal geringe Unternehmenssteuern, aber größerer realer Beitrag zum Gemeinwesen
 - Umfassende Kinderbetreuungsangebote
 - Sehr effizientes und gerechtes Schulsystem (Schule für alle statt dreigliedrigem Schulsystem, individuelle Förderung etc.)